

NDR Info Das Forum

12.12.2020 / 19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

13.12.2020 / 12.35-13.00 Uhr

Andreas Flocken

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Alles wie gehabt? Teilabzug der US-Truppen vorerst gestoppt
- 10 Jahre Bundeswehr-Psychotraumazentrum – Neue Erkenntnisse über Belastungsstörung PTBS?
- Schleichende Aufrüstung – Militärische Großmachtrivalität in der Arktis

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf die Themen:

- Alles wie gehabt? Teilabzug der US-Truppen aus Deutschland vorerst gestoppt
- 10 Jahre Bundeswehr-Psychotraumazentrum - Neue Erkenntnisse über Belastungsstörung PTBS? Und:
- Schleichende Aufrüstung - Militärische Großmachtrivalität in der Arktis

Zu unserem ersten Thema.

Präsident Trump hat Deutschland schon lange auf dem Kieker. Im Sommer ließ er über seinen inzwischen gefeuerten Verteidigungsminister Mark Esper verkünden, dass 12.000 der knapp 35.000 US-Soldaten Deutschland verlassen werden. Für Trump die Quittung dafür, dass Deutschland zu wenig Geld für die Verteidigung ausbebe. Berlin sei ein „säumiger Zahler“, so der US-Präsident. Eine emotionale Entscheidung. Darüber können auch die damals von Penta-

gonchef Esper angeführten militärischen Begründungen nicht hinwegtäuschen. Ehemalige US-Spitzenmilitärs fanden sie wenig überzeugend.

Nun offenbar die Kehrtwende. Der US-Kongress hat die Trump-Pläne erst einmal gestoppt. Das Repräsentantenhaus hat in dieser Woche – trotz einer Veto-Drohung von Trump – mit überwältigender Mehrheit mit den Stimmen von Demokraten und Republikanern ein weitreichendes Gesetzespaket zum Verteidigungshaushalt beschlossen. Es enthält eine Klausel, nach der das Pentagon in einem Bericht detailliert nachweisen muss, dass dieser Teilabzug im nationalen Interesse der USA ist. Zu prüfen sind u.a. die Auswirkungen der Reduzierungen auf die NATO und die Einsatzfähigkeit der US-Streitkräfte. Ein anderer wichtiger Punkt sind die damit verbundenen Kosten. Denn bei einer Verlegung müsste massiv in neue Standorte investiert werden.

Erst 120 Tage nach Vorlage dieses Reports darf die US-Truppenstärke in Deutschland unter 34.500 Soldaten gesenkt werden. Allerdings: Nach dieser Frist wird Trump nicht mehr im Weißen Haus sitzen.

Für die NATO-Botschafterin der USA, Kay Bailey Hutchinson, ist klar, dass über den Truppenabzug letztlich nicht mehr Trump, sondern der neue US-Präsident entscheiden wird.

O-Ton Hutchinson

„Well, it has been put forward, but it certainly will be open for another administration to look at.“

Und Biden hat bekanntlich einen Kurswechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik angekündigt.

In den süddeutschen Regionen mit US-Stützpunkten ist die Erleichterung über die Kongress-Initiative riesengroß. Denn die US-Soldaten sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die US-Streitkräfte vergeben Aufträge an Handwerksbetriebe und andere Unternehmen. Außerdem arbeiten auf den US-Stützpunkten viele deutsche Zivilbeschäftigte.

Der bayerische Regierungschef Söder sprach von der Korrektur eines strategischen Fehlers.

Aufatmen auch in Spangdahlem in der Eifel. Auf der Airbase sind mehr als 4.000 US-Soldaten stationiert. Manfred Rodens, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Speicher, zu der Spangdahlem gehört, gab sich im SWR geradezu euphorisch.

O-Ton Rodens

„Es gibt viele Dinge, die kann ich mir vorstellen. Was ich mir allerdings nicht vorstellen kann, das ist, dass die Amerikaner hier abziehen. Die Amerikaner sind seit 1953 hier, also fast seit 70 Jahren. Und das sind schon gewachsene Beziehungen“

Trotzdem werden die US-Soldaten nicht ewig in der Eifel bleiben. Die USA sind auch eine Pazifikmacht. Bereits vor dem Amtsantritt von Trump ist Asien zunehmend in den Mittelpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten gerückt. Die große Herausforderung für Washington ist das aufstrebende China – nicht Russland.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Johann Wadephul, warnt daher mit Blick auf die Präsenz von US-Truppen vor falschen Erwartungen.

O-Ton Wadephul

„Vorsicht an der Bahnsteigkante. Es ist nicht sicher, dass die NATO die nächsten zehn Jahre überlebt und wer weiß, wer in vier Jahren US-Präsident wird.“

Ein berechtigter Hinweis. Zumal es an der US-Militärspitze mittlerweile Zweifel gibt, ob es wirklich sinnvoll ist, zehntausende von Soldaten permanent außerhalb der USA zu stationieren. Generalstabschef Mark Milley bekräftigte erst kürzlich, er sei kein Anhänger „großer dauerhafter Übersee-Stützpunkte in anderen Ländern“.

Der künftige US-Präsident Joe Biden hatte bereits im Wahlkampf eine Überprüfung der Trump-Entscheidung angekündigt. International verschieben sich gegenwärtig die Kräfteverhältnisse. Über kurz oder lang wird das auch Folgen für die Präsenz der US-Truppen in Deutschland haben.

Themenwechsel.

Nicht immer verkraften Soldaten ihre Erlebnisse in Auslandseinsätzen. Sie erkranken an der Seele, haben eine Posttraumatische Belastungsstörung PTBS. Die Bundeswehr war auf solche Erkrankungen zunächst nicht vorbereitet. Inzwischen hat sich hier etwas getan. Allerdings gibt es noch viel zu tun. So wurde vor 10 Jahren in Berlin das Psychotraumazentrum aus der Taufe gehoben – für manche jedoch viel zu spät. Und der Start war alles andere als einfach. Julia Weigelt weiß mehr:

Manuskript Julia Weigelt

Wenn man sich so manche Geschichten von Leuten anhört, die in der Anfangszeit dabei waren, kann man nur den Kopf schütteln.

O-Ton Biesold

„Es gab viele Vorbehalte anfänglich und viele Argumente, dass Traumatisierungen bei Soldaten gar nicht vorkommen würden, weil die ja militärisch gut vorbereitet seien. Und es musste erst bewiesen werden, dass es solche Traumatisierungen gibt.“

Sagt Karl-Heinz Biesold, Vorstandsmitglied der Deutschsprachigen Gesellschaft für Psychotraumatologie. Er gehörte damals zu den führenden Experten der Bundeswehr, stand in engem Kontakt zum neugegründeten Berliner Psychotraumazentrum. Der Oberstarzt a.D. hat früher die Psychiatrie des Hamburger Bundeswehrkrankenhauses geleitet und war für die Behandlung vieler traumatisierter Soldatinnen und Soldaten verantwortlich.

O-Ton Biesold

„Man hat ja früher geglaubt, der Soldat muss besonders hart sein, der muss alles abkönnen, der muss alles aushalten können.“

Dieses unmenschliche Soldatenbild einiger politischer und militärischer Führungskräfte erklärt, warum die Forschenden des Psychotraumazentrums zu Beginn ihrer Arbeit regelmäßig die Erkenntnisse von Studien anderer Streitkräfte oder ziviler Forschungseinrichtungen bekräftigt haben.

O-Ton Biesold

„Es gab Grundlagenforschung zur Hirnphysiologie, es gab Grundlagenforschung zu Stresshormonen, um zu belegen, dass das bei

Soldaten genauso ist wie bei anderen. Das klingt zwar jetzt vielleicht ein bisschen komisch, aber häufig muss man das auch nochmal zeigen, dass das keine besondere Klientel ist, die irgendwie schutzgeimpft ist gegen psychische Störungen.”

Dass das Psychotraumazentrum sich anfangs vornehmlich damit beschäftigt hat, bereits vorhandene Studien mit Bundeswehrangehörigen zu wiederholen, sieht dessen Leiter Oberstarzt Peter Zimmermann nicht kritisch. Denn die Daten anderer Streitkräfte seien nicht ohne Weiteres übertragbar, da etwa die USA oder Großbritannien ein anderes Einsatzspektrum und einen anderen kulturellen Hintergrund hätten.

Die wichtigste Arbeit seines Instituts war in der Anfangszeit eine groß angelegte Dunkelzifferstudie. Denn erst seit sieben Jahren weiß die Bundeswehr, mit wie vielen psychisch verwundeten Soldatinnen und Soldaten eigentlich zu rechnen ist. Oberstarzt Peter Zimmermann:

O-Ton Zimmermann

„Wir haben damals festgestellt, dass es deutlich mehr psychische Erkrankungen sind, als wir ursprünglich gedacht haben.“

Ausgegangen waren die Forschenden davon, dass fünf bis acht Prozent der Einsatzveteranen mit einer psychischen Erkrankung zurückkommen. In Wahrheit sind es bis zu 25 Prozent. Von denen wiederum nur wenige Hilfe bekommen.

O-Ton Zimmermann

„Beratung in irgendeiner Form macht tatsächlich nur die Hälfte der Betroffenen, und Behandlung, ein Jahr nach Einsatzende, waren es nur 10 bis 20 Prozent der Betroffenen, und das ist reichlich wenig.“

Auch die Häufigkeit bestimmter Diagnosen war so nicht erwartet worden:

O-Ton Zimmermann

„Wir haben festgestellt, dass so eine Erkrankung wie die posttraumatische Belastungsstörung - wo man so denkt: das ist typisch Militär - gar nicht die häufigste der Erkrankungen ist, die wir haben, sondern, dass das Angststörungen sind, die viel häufiger sind.“

Die Betroffenen haben etwa Angst vor lauten Geräuschen oder Menschenmassen und verlassen deswegen oft nicht mehr das Haus und

ziehen sich zunehmend zurück.

Nach Angaben der Bundesregierung wurde in der Zeit von 2016 bis 2019 bei rund 1.200 Soldatinnen und Soldaten eine psychische Erkrankung neu diagnostiziert. Der Leiter des Psychotraumazentrums ist angesichts dieser Zahlen beunruhigt, denn sie...

O-Ton Zimmermann

„...müssten im Grunde genommen eher noch höher sein, was darauf hinweist, dass wir in Sachen Aufklärung und Entstigmatisierung tatsächlich noch einiges zu tun haben. Denn selbst wenn Vorgesetzte inzwischen professioneller mit dem Thema umgehen, heißt das ja noch nicht, dass das der Betroffene dann auch glaubt.“

Denn viele Bundeswehrangehörige haben offenbar immer noch Angst, dass sich die Diagnose „psychisch krank“ negativ auf ihre Karriere auswirkt. Wie können Betroffene vor diesem Hintergrund motiviert werden, dennoch eine Therapie zu beginnen? Das ist eines der Forschungsfelder des Psychotraumazentrums am Berliner Bundeswehrkrankenhaus. Weitere Themen sind Ursachenforschung, Krankheitsentwicklung und Verbesserung der Therapie sowie Prävention und eine Statistik darüber, wie viele Betroffene es eigentlich gibt.

Forschungsaufträge erhält das Institut entweder aus dem Sanitätsdienst, dem psychologischen Dienst oder dem Sozialdienst der Bundeswehr. Oder es reicht selbst Forschungsanträge beim Verteidigungsministerium ein. Doch das war schon immer sehr umständlich, erinnert sich Oberstarzt a.D. Karl-Heinz Biesold von der Deutschsprachigen Gesellschaft für Psychotraumatologie. Und zunächst gab es auch noch andere Schwierigkeiten:

O-Ton Biesold

„Es hat lange gedauert, bis das Trauma-Institut den entsprechenden Personalschlüssel hatte und auch die entsprechende Ausstattung. Es gab keine Wissenschaftsprogramme, die mussten erst beschafft werden und es hat einige Jahre gedauert, bis es dann richtig lief.“

Ein weiteres Problem: Das Institut hat kein eigenes Budget, sondern muss jedes Projekt vom Verteidigungsministerium genehmigen lassen. Und zwar bis

heute. Das stört auch Oberstarzt Peter Zimmermann, der Projekte gerne schneller umsetzen möchte:

O-Ton Zimmermann

„Ein eigenes Budget für psychosoziale Forschung in der Bundeswehr ist sinnvoll. Das haben wir tatsächlich noch nicht. Wir konkurrieren da mit anderen Bereichen wie dem ABC-Schutz um Forschungsmittel.“

Forschungsmittel, die Zimmermann etwa für eine Studie zu den Auswirkungen einer posttraumatischen Belastungsstörung auf Körperorgane genutzt hat. Hier stellten die Forschenden fest: Bei Erkrankten verändert sich der Herzschlag auf ungesunde Weise, was weitere gefährliche Herzerkrankungen zur Folge haben kann. Und auch im Gehirn verursacht die verletzte Psyche messbare Schäden:

O-Ton Zimmermann

„Da haben wir festgestellt, dass es Veränderungen in Hirnstrukturen gibt, die mit der Veränderung der Gefühlsregulation einhergehen, und zwar gar nicht mal so sehr davon abhängig, ob jemand krank aus dem Einsatz zurückkommt, sondern abhängig von der Anzahl der Einsatztage. Das heißt, Soldaten, die sehr lange Einsatztage hatten, waren stärker verändert in ihrem Gehirn als andere.“

Die gute Nachricht dabei: Schädliche Veränderungen können sich nach einer erfolgreichen Psychotherapie wieder zurückbilden.

Ein Baustein für eine gelungene Therapie kann für Betroffene der Austausch mit geheilten Kameradinnen und Kameraden sein. Das zeige ein derzeit laufendes Projekt, sagt Zimmermann. Dabei kommen Erkrankte und Genesene in Gruppensitzungen zusammen und tauschen sich aus. Diese Sitzungen werden von Therapeuten begleitet.

Ein weiteres Thema, an dem das Berliner Traumainstitut forscht, ist der recht neue Komplex „Moral injury“, also „Moralverletzung“. Das heißt konkret: Betroffene entwickeln dabei unter anderem Zorn und Wut auf Vorgesetzte und denken, falsche Befehle bekommen zu haben. Oder sie zweifeln daran, ob es richtig war, auf einen Menschen geschossen zu haben. Möglich ist auch Zorn auf die Bevölkerung des Einsatzlandes oder die eigene Gesellschaft, wenn sich

die Betroffenen etwa mehr Unterstützung und Wertschätzung wünschen. Die Folge einer solchen „Moral injury“: Die erkrankten Soldatinnen und Soldaten schämen sich, empfinden sich zunehmend als wertlos und ziehen sich zurück. Das Problem laut Oberstarzt Zimmermann: Bisherige trauma-therapeutische Methoden helfen den Erkrankten nicht. Sein Institut hat deswegen eine besondere Gruppentherapie entwickelt. Die Teilnehmenden lernen:

O-Ton Zimmermann

„Wie man mit Schuld umgeht. Was eigentlich Vergebung ist. Wie man sein Leben durch ethische Achtsamkeit verändert. Das ist ein interdisziplinärer Ansatz. Da beziehen wir zum Beispiel die Militärseelsorge mit ein. Und das macht auch Sinn, dass man eine ärztliche Komponente hat und eine spirituelle, seelsorgerische.“

Eine Begleitstudie habe die Wirksamkeit des Verfahrens dokumentiert.

Philipp Krüger freut sich über Fortschritte in der Forschung. Er ist Vorstandsmitglied des Verbands Deutscher Einsatzveteranen. Krüger macht sich dafür stark, dass die gewonnenen Erkenntnisse in den Alltag der Bundeswehr Eingang finden:

O-Ton Krüger

„Man hat jetzt zehn Jahre Forschung hinter sich, man hat sehr gute und belastende Forschungsergebnisse aufgenommen, jetzt muss man handeln.“

Die Arbeit des Psychotraumazentrums bewertet Krüger positiv. Deswegen empfehle er das Institut Soldaten mit psychischen Erkrankungen, die beim Verband Deutscher Einsatzveteranen Unterstützung suchen. Denn manche stehen ihrem Dienstherrn skeptisch gegenüber, sagt Philipp Krüger. Und auch die Bundeswehr halte Abstand zu seinem Verband. Dabei wünschten sich viele Mitglieder mehr Kooperation. Denn der Verband könne genesene Soldaten aus ihrem Mitgliederkreis als Therapiebegleiter für erkrankte aktive Bundeswehrsoldaten vermitteln.

O-Ton Krüger

„Da kann die Bundeswehr auch häufiger auf uns zurückgreifen. Das bieten wir auch jedes Mal an und sind jedes Mal verwundert, dass das von der Bundeswehr nicht so in Anspruch genommen wird oder von den Krankenhäusern.“

Der Verband Deutscher Einsatzveteranen setzt sich zudem für weitgehende Umstrukturierungen ein. Eine konkrete Forderung ist: Das Psychotraumazentrum solle nicht mehr von der Bundeswehr direkt betrieben, sondern ausgegliedert werden. Denn es drohten Interessenskonflikte. Krüger nennt ein Beispiel. Ein junger Bundeswehrarzt kommt bei seinen Forschungsarbeiten zu Ergebnissen, die dem Dienstherrn unangenehm sind.

O-Ton Krüger

„Im schlimmsten Fall kriege ich auch noch Ergebnisse raus, wo Regressansprüche an die Bundeswehr gestellt werden können. Da steh ich im Konflikt: Ich möchte natürlich Karriere machen, und auf der anderen Seite würde ich meinem Arbeitgeber schaden. Und schon haben wir ein Dilemma.“

Ein weiterer Kritikpunkt des Veteranenverbandes: Das Psychotraumazentrum stehe derzeit nur aktiven Soldatinnen und Soldaten offen. Krüger hält es daher für notwendig,...

O-Ton Krüger

„...dass man das halt öffnet und auch zugänglich macht für ehemalige Soldaten, dass die sich dort genauso hinwenden können wie aktive Soldaten derzeit.“

Ohne konkret auf diese Forderung des Veteranenverbandes einzugehen, stimmt der Institutsleiter Zimmermann doch im Grundsatz zu, Ehemalige besser zu versorgen.

O-Ton Zimmermann

„Da gibt es nach meiner Einschätzung immer noch viel zu viele, die sich verstecken, vor sich selbst und vor anderen.“

Zimmermann schlägt vor, mit Werbekampagnen auf Krankheitssymptome und Hilfsangebote aufmerksam zu machen - auch um Suizide von ehemaligen Bundeswehrangehörigen zu verhindern, die nach dem Dienst ohne die gewohnte Struktur schnell in ein Loch fallen können. Diese fürsorgliche Idee dürfte bei den Personalern und Rekrutierungsbüros der Bundeswehr allerdings

wenig Begeisterung auslösen. Denn 25 Prozent psychisch kranke Einsatzrückkehrer - solche Zahlen wirken auf den dringend benötigten Nachwuchs nicht besonders einladend.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Julia Weigelt.

Jahrzehntelang hatte die Arktis für die Sicherheitspolitik und die Militärs einen vergleichsweise geringen Stellenwert. Das hat sich inzwischen geändert – vor allem durch den Klimawandel. In der Region sind inzwischen immer mehr Länder mit ihren Streitkräften aktiv. Es droht eine schleichende Aufrüstung. Zu den Hintergründen – Jerry Sommer:

Manuskript Jerry Sommer

In der Arktis schmilzt das Eis. Dadurch wird nicht nur die Schifffahrt einfacher – es ist auch leichter, die dort vorhandenen großen Öl- und Gasvorkommen zu erschließen. Das gestiegene wirtschaftliche Interesse hat auch sicherheitspolitische Konsequenzen. Lange Zeit hatten die USA der Region praktisch keine Bedeutung beigemessen. So wurde die Arktis in der US-Verteidigungsstrategie von 2018 nicht einmal erwähnt. Doch im vergangenen Jahr vollzog die Trump-Regierung eine Wende. Agne Cepinskyte von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Berlin:

O-Ton Cepinskyte (Voiceover)

„Außenminister Pompeo sprach von einem ‚aggressiven Verhalten und destabilisierenden Aktivitäten Russlands‘ in der Arktis. Außerdem wies er auf die chinesischen Aktivitäten in der Region hin. Worte und Taten stimmten nicht überein. Es gebe Zweifel an den wirklichen Absichten Pekings. Möglicherweise werde von China mit seinen Aktivitäten in der Region letztlich eine permanente militärische Präsenz angestrebt.“

In der ebenfalls 2019 veröffentlichten Arktis-Strategie des Pentagons heißt es zwar - so wörtlich - „die unmittelbare Aussicht auf Konflikte in der Arktis ist gering“. Zugleich stellte das US-Verteidigungsministerium aber auch fest, angesichts der Großmachtrivalitäten in der Region sei die Sicherheit der USA langfristig potenziell gefährdet. Ob diese Neubewertung aber auch neue militäri-

sche US-Rüstungsanstrengungen in der Arktis zur Folge haben wird, ist noch unklar.

Doch inwieweit deckt sich die subjektive Bedrohungswahrnehmung der Trump-Administration mit den Fakten? Eine Gefahr durch China wird von der US-Regierung u.a. mit Pekings Versuchen begründet, Infrastrukturprojekte in Grönland zu finanzieren. China verhalte sich in der Arktis ähnlich wie im Südchinesischen Meer. Aber gibt es diese Analogie? In ferner Zukunft könne es zu einer solchen Entwicklung kommen, sagt Agne Cepinskyte. Aber aktuell sei die Situation anders:

O-Ton Cepinskyte (Voiceover)

„Das ist alles weit hergeholt und ich würde auch nicht sagen, dass China gegenwärtig eine militärische Bedrohung darstellt.“

Peking hat vor allem ein Interesse an den neuen Seerouten durch die Arktis, aber auch an den Rohstoffvorkommen. Trotz der Klimaerwärmung wird es jedoch wohl noch Jahrzehnte dauern, bis die Nutzung der Ressourcen und der Seeroute in der Region möglich bzw. wirtschaftlich ist. Gegenwärtig verfügt China zudem über keine Marine-Einheiten, die für Operationen in Eis-Regionen ausgelegt sind.

Mit den militärischen Fähigkeiten Russlands in der Arktis sieht es da schon anders aus. Zum einen besitzt Russland in der Arktis eine Küstenlinie von über 24.000 Kilometern. Mit der Eisschmelze erhält das Land daher in gewisser Weise neue Außengrenzen. Auf dem russischen Festland und der vorgelagerten Wirtschaftszone befinden sich große Öl- und Gasvorkommen. Zum anderen ist auf der Kola-Halbinsel in dem einzigen eisfreien Hafen Murmansk die russische Nordflotte stationiert. Zu ihr gehören auch die mit strategischen Nuklearwaffen ausgerüsteten U-Boote.

Seit einigen Jahren aktiviert Russland in der Arktis Militärstützpunkte, die nach dem Ende des Kalten Krieges aufgegeben wurden. Andrei Zagorski vom außenpolitischen Thinktank IMEMO in Moskau:

O-Ton Zagorski

„Man hat im letzten Jahrzehnt die Stützpunkte entlang der Nordküste Russlands wieder aufgebaut. Das dient in erster Linie dem Wiederaufbau der Luftabwehr, der Frühwarnung und der Raketenabwehr. Denn im Falle eines atomaren Krieges mit den USA fliegen alle ballistischen Raketen über die Arktis – auch die strategischen Bomber fliegen über die Arktis.“

So wurden auf einigen russischen Inseln in der Region zum Beispiel moderne S-400–Raketenabwehrsysteme aufgestellt – insbesondere auch, um die in Murmansk stationierte Nordflotte Moskaus zu schützen. Andrei Zagorski vom Thinktank IMEMO in Moskau über die russische Aufrüstung in der Arktis:

O-Ton Zagorski

„Die wichtigste Aufgabe ist die Beibehaltung der strategischen Stabilität durch den Schutz der strategischen Flotte Russlands.“

Auch Ekaterina Klimenko vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI weist auf die nukleare Großmacht Konkurrenz zwischen den USA und Russland als Hintergrund für die militärischen Modernisierungen Moskaus hin:

O-Ton Klimenko (Voiceover)

„Die meisten neuen militärischen Fähigkeiten Russlands haben überhaupt nichts mit der Arktis zu tun. Es geht allein um das strategische nukleare Gleichgewicht zwischen Russland und den USA.“

In den USA wird allerdings die Modernisierung der russischen U-Boote in Murmansk auch als Bedrohung angesehen – allerdings nicht für US-Interessen in der Arktis. Es geht vielmehr um Szenarien im Falle einer umfassenden bewaffneten Auseinandersetzung mit Auswirkungen auf den Nordatlantik, so Ekaterina Klimenko:

O-Ton Klimenko (Voiceover)

„Es wird davon ausgegangen, dass durch die militärischen Aktivitäten Russlands dort zum Beispiel die Seerouten und die Kommunikation zwischen den NATO-Streitkräften unterbrochen bzw. gestört werden könnten. Eine solche russische Machtprojektion wird als Risiko angesehen.“

Sowohl Russland als auch die NATO haben vermehrt Seemanöver westlich und nördlich von Norwegen durchgeführt. Das könnte zu Missverständnissen und militärischen Zwischenfällen führen. Von einem Wettrüsten in der Arktis kann allerdings trotzdem nicht die Rede sein. Die Zusammenarbeit im Arktischen Rat ist nach wie vor gut. In dem Gremium sind die Anrainerstaaten der

Arktis vertreten: Die USA, Russland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Island und Kanada. Allerdings werden dort – entsprechend der Gründungsvereinbarung von 1996 – sicherheitspolitische Fragen und Themen nicht besprochen. Angesichts der wachsenden Großmachtkonkurrenz in der Region sei ein militärischer Dialog der Arktis-Anrainerstaaten aber sehr wichtig, sagt Agne Cepinskyte von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Cepinskyte (Voiceover)

„Ein Dialog in einem speziell eingerichteten Forum könnte die militärischen Absichten der betroffenen Staaten transparenter machen. So ein Gremium kann helfen, eine militärische Aufrüstung in der Arktis in der Zukunft zu verlangsamen.“

Vor der Ukraine-Krise 2014 und der Krim-Annexion haben sich die Generalstabchefs der Arktis-Staaten einmal im Jahr getroffen. Danach hat die NATO die Kontakte zu russischen Militärs allerdings ausgesetzt. Treffen von Militärs seien aber sinnvoll, meint Andrei Zagorski vom Moskauer IMEMO-Institut:

O-Ton Zagorski

„Ich weiß nicht, ob es ein Zurück gibt. Das wäre natürlich eine von der russischen Seite vorgezogene Option. Wenn es jetzt nicht im Moment auf der Ebene der Generalstabchefs läuft, schlägt Russland z.B. vor, sollte man mindestens regelmäßige Treffen auf Expertenebene organisieren.“

Schon seit längerem gibt es einen sogenannten runden Tisch zu Sicherheitsfragen in der Arktis. Ihm gehörte ein erweiterter Kreis von 12 Staaten an. Seit der Ukraine-Krise wird Russland zu diesen Treffen jedoch nicht mehr eingeladen. Das könnte man wieder ändern.

Eine weitere Möglichkeit, um einen militärischen Dialog über die Region zu beginnen, wäre, das Mandat des Arktischen Rates um das Thema Sicherheit zu erweitern. Voraussetzung wäre allerdings die Änderung der Gründungsdokumente – ein schwieriges Verfahren, da es Einstimmigkeit erfordert. Einfacher wäre es dagegen, die jährlichen Treffen der Generalstabchefs wiederaufzunehmen. Allerdings müsste die NATO im Interesse von mehr Transparenz dazu bereit sein. Danach sieht es gegenwärtig jedoch nicht aus – auch wenn Sicherheitsexperten aus Deutschland, Russland und selbst den USA darauf

drängen, ein Gremium zu schaffen, in dem sich die Arktis-Staaten auch über militärische Fragen in der Region austauschen können. Das wäre ein erster Schritt, um ein Wettüben und eine Militarisierung der Arktis frühzeitig zu verhindern.

* * *

Flocken

Soweit Jerry Sommer.

Das war's für heute. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.